Positionspapier

Potenziale von Geoinformation erschließen

[19.08.2025] Verschiedene Geoverbände fordern den Bund in einem Positionspapier unter anderem auf, Geoinformation als strategische Ressource zu verankern, Klimaschutz und Energiewende mit präzisen Daten abzusichern, digitale Zwillinge rechtlich zu verankern und Standards zu vereinheitlichen.

Die Geoverbände BDVI, DDGI, DGfK, DGPF, DHyG, DMV, DVW, VDV und ZBI haben ein gemeinsames Positionspapier mit Impulsen für eine resiliente, digitale und nachhaltige Zukunft Deutschlands veröffentlicht. Angesichts der digitalen Transformation, geopolitischen Spannungen, Klimawandel und Energiewende seien belastbare Grundlagen für politische und administrative Entscheidungen notwendiger denn je. Mit ihrer technologischen und wissenschaftlichen Expertise könne die Geoinformationswirtschaft dazu wesentliche Beiträge zu leisten, so das Papier. Darin formulieren die Verbände auch konkrete Forderungen an die neue Bundesregierung, um die Potenziale von Geoinformationen gezielt zu erschließen.

Geoinformation als Schlüsselressource

Geodaten sollen nach dem Willen der Branche als strategische Infrastruktur verankert werden – institutionell, rechtlich und finanziell. Denn digitale Zwillinge, Smart-City-Konzepte oder die Modernisierung der Verwaltung sind ohne raumbezogene Daten nicht realisierbar. Die Verbände fordern ein einheitliches Bundesgeodatenrecht, eine nachhaltige Finanzierung der Dateninfrastruktur sowie die Integration in ressortübergreifende Plattformen. Zudem solle das neu geschaffene Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung Geoinformation als zentrales Handlungsfeld institutionalisieren.

Bundesweit einheitliche Daten benötigt

#INFO# Die Transformation des Energiesystems, Klimaanpassung und Flächennutzung benötigen präzise raumbezogene Daten. Die Verbände verlangen deshalb ein nationales Monitoring für Klimafolgen sowie bundeseinheitliche Geoinformationen zu Solarpotenzial, Windflächen, Wasserstoffnetzen und Wärmeplanung. Auch digitale Zwillinge sollen verbindlich in Planungs- und Infrastrukturprozesse integriert werden. Dazu braucht es eine gesetzliche Grundlage, standardisierte Datenmodelle und die Bereitstellung der notwendigen Basiskomponenten als bundesweiten Standard.

Wissen und Personal sichern

Neben technischen Fragen thematisiert das Positionspapier auch die Sicherung von Wissen und Personal. Gefordert wird eine bundesweite Förderung von Studiengängen und Forschungsinitiativen im Bereich Geoinformation, praxisnahe Aus- und Weiterbildung sowie Programme zur Fachkräftegewinnung. Zudem soll der Zugang zu Geodaten vereinfacht werden – durch einen Rechtsanspruch auf Open Geodata, harmonisierte Standards und offene Lizenzmodelle.

Die Verbände betonen, dass Geoinformation einen entscheidenden Beitrag zur digitalen Souveränität, zu resilienten Infrastrukturen und zur nachhaltigen Modernisierung des Staats leisten kann. Sie fordern die

Bundesregierung auf, die strategische Rolle des Geoinformationswesens konsequent in die Digital- und Gesetzgebungspolitik der kommenden Jahre einzubinden.

(sib)

• Positionspapier der Geoinformationswirtschaft zur 21. Legislaturperiode

Stichwörter: Geodaten-Management, Politik